

- Pressemitteilung 12.06.20 -

"Stimmungsmache gegen etablierte Technologie“, Schwarzwälder Bote Nordschwarzwald vom 8. Juni 2020

Diese Aussagen können nur von einem „Grünen“ kommen. Deutschland ist kein Recyclingweltmeister. Was viele nicht wissen: In die offizielle Recyclingquote werden auch Abfälle (z.B. Plastik) mit eingerechnet, die ins Ausland verschifft werden, ohne dass wirklich klar ist, was dort mit ihnen geschieht!

Windräder lärmen und werfen rotierende Schatten. Ihr Aufbau erfordert meist einen massiven Eingriff in die Natur, wenn sie einmal stehen, stören sie das Landschaftsbild. Mehr als 100 000 Vögel fallen ihnen pro Jahr zum Opfer. Ein weiterer negativer Aspekt in der Erzeugung von Windenergie ist die Tatsache, dass Wind als Energieträger nicht speicherbar ist, sondern direkt in Strom umgewandelt werden muss. Zudem sind sehr viele Windkraftanlagen notwendig, um die Versorgung eines Gebietes gewährleisten zu können. Der Kleber in den Rotorblättern erschwert das Recycling und werden letztendlich doch verbrannt. Ab 2020 werden jährlich mehr als 15 000 Tonnen Flügelmaterial entsorgt werden müssen.

Zum Beschluss der Bundesregierung, soll ein Teil der EEG-Umlage künftig aus Steuermitteln finanziert werden: „Die Energiewende wird immer teurer – das soll jetzt mit einem billigen Taschenspieler-Trick kaschiert werden“.

Die Senkung der EEG-Umlage kostet 12 Milliarden Euro. Zur Reduzierung der Ökostromumlage um 5 ct/kWh wären Mittel aus dem Bundeshaushalt in Höhe von rund 12 Milliarden Euro nötig – zuzüglich einer weiteren Milliarde Euro für entgangene Mehrwertsteuereinnahmen. Ab 2022 könnte das Geld dann bereits vollständig aus einem CO₂-Preis auf Heizöl, Erdgas, Benzin und Diesel in Höhe von 50 Euro pro Tonne CO₂ gegenfinanziert werden. Stromverbraucher werden somit entlastet, Steuerzahler belastet.

Durch das umfassende Konjunkturpaket über 130 Milliarden Euro wird mit einem Budget von rund elf Milliarden Euro die Regierung die EEG-Umlage im nächsten Jahr um zwei Cent je Kilowattstunde senken.

Die Verbraucher, die auch Wähler sind, sollten wissen, wohin der geplante massive Ausbau der erneuerbaren Energien führen wird: nicht nur zu einer weiteren Verspargelung der Landschaft, zu weiteren Eingriffen in den Natur- und Artenschutz und zu wachsenden Gesundheitsbeeinträchtigungen der Anwohner von Windkraftparks, sondern vor allem auch zu explodierenden Strompreisen.

„Die Grünen“ wollen eine Nachverdichtung von Städten. Umliegende Wiesen und Ackerland sind ein besonders schützenswertes Gut und sollten nicht nur erhalten, sondern auch weiterentwickelt und besser geschützt werden. Darüber hinaus macht das Stadtgrün unsere Städte widerstandsfähiger gegen Hitzewellen und Starkregenereignisse. Altensteig darf nicht zu einer Betonwüste verkommen. Wir sind zuerst denjenigen gegenüber verpflichtet, die bereits länger in Altensteig wohnen.

Die erwähnten neuen Arbeitsplätze werden nicht durch regionale Firmen umgesetzt, sondern durch eine rumänische Firma. „Die Grünen“ haben den Sinn für die Realität verloren und befürworten somit Arbeitskräfte aus EU-Ländern. Zusätzlich werden in der Automobilindustrie Arbeitsplätze vernichtet.

Als Politiker werde ich immer die Biogasanlage, Pellet-Anlagen, Filtertechnologien und synthetische Kraftstoffe unterstützen.

Mit freundlichen Grüßen
Marcus Lotzin
Stadtrat, AFD